



Bericht aus dem Kreistag Landkreis Spree - Neiße

Langfristig: kostenfreier Schülerverkehr

Kostenfreier Schülerverkehr, das ist leider noch immer ein unerfüllter Wunsch für die Eltern des Spree-Neiße-Kreises. Zwar hat der Landrat vor seiner Wahl im April 2018 versprochen, sich des Themas anzunehmen und auch im Wahlkampf vor der Kreistagswahl spielte das Thema eine Rolle, aber passiert ist noch nichts. Nun hat die Partei DIE LINKE die Initiative ergriffen und einen Antrag in den Kreistag eingebracht. Nicht für kostenfreien Schülerverkehr ab sofort. Auch wir wissen, dass eine solche Entscheidung erhebliche Auswirkungen auf

den Haushalt haben wird. Deshalb soll mit dem Antrag die Verwaltung aufgefordert werden, die Voraussetzungen zu schaffen für die Einführung eines elternbeitragsfreien Tickets für den Weg vom Wohnort zur Schule und zurück und ab 2021 die notwendigen Finanzmittel dafür in den Haushalt einzustellen.

Reaktion des Landrates: "Man sollte das langsam angehen und erst einmal gründlich in den Ausschüssen diskutieren". Unser Antrag ist also weder angenommen noch abgelehnt, es bleibt spannend.

Georgenschule bleibt!

Die Schule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ in Spremberg sollte laut Kreistagsbeschluss geschlossen werden. Es ist die letzte Förderschule im LK Spree-Neiße. Nun könnte man der Meinung sein, gut so, die Inklusion in Regelschulen ist gelungen. Doch leider wissen wir, dass in vielen Schulen die Voraussetzungen nicht gegeben sind, um Schüler*innen mit speziellem Förderbedarf auch wirklich entsprechend zu fördern. 10% aller Schüler*innen im Kreis verlassen die Schule ohne einen Schulabschluss. Das ist eine alarmierende Zahl. In den Oberschulen fehlt es am pädagogischen Personal, an geeigneten Räumlichkeiten, Klassenstärken werden nicht immer eingehalten und bestimmte materielle Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht fehlen. Deshalb sagten wir, diese Schule darf nicht geschlossen werden.

Wir haben dafür gekämpft! Nun stimmte eine große Mehrheit in der Kreistagssitzung am 24.06.2020 gegen die Schließung und so bleibt die Georgenbergschule offen!

ÖPNV für die Zukunft - Resolution beschlossen!

Können Sie sich noch an unsere letzte Kommunalpolitische Konferenz im Januar erinnern?

Da haben wir das Thema ÖPNV und dessen Ausgestaltung in der Zukunft heiß diskutiert und konnten uns mit tollen Gesprächspartnern austauschen, u.a. Cottbusverkehr-Geschäftsführer Ralf Thalmann und Spree-Neiße-Dezernent Carsten Billing. Seitdem haben wir an einer Resolution gearbeitet, in die viele unserer besprochenen Themen einfließen. Am 24. Juni kam der Kreistag vor der Sommerpause zusammen und stimmte unserem Vorschlag zu:

Der Landkreis Spree-Neiße fordert die Landesregierung auf, bei folgenden Schwerpunkten unterstützend tätig zu werden: die Umstellung auf saubere oder emissionsfreie Fahrzeuge wie Elektro- oder Wasserstoffbusse, dazu die Schaffung der benötigten Tank- und Ladeinfrastruktur sowie barrierefreier Haltestellen. Und natürlich müssen gute Arbeitsbedingungen und Bezah-

lung für die Busfahrer*innen gewährleistet werden.

Die nächsten Schritte sind nun die Ausarbeitung von konkreten Projekten. Auch wäre eine Modellregion für einen umweltverträglichen, ökologischen ÖPNV in einer ländlich geprägten Region denkbar.



Resolution an das Land Brandenburg zur Schaffung eines zukunftsfähigen und modernen ÖPNV in der Lausitz

Bericht aus der Cottbuser StVV

Stadtpromenade - eine (fast) unendliche Geschichte

Endlich kommt Bewegung in die Sache! Die Cottbuser Stadtverordnetenversammlung befasste sich vor der Sommerpause noch einmal intensiv mit der Investruine in der Stadtpromenade.

Im Mai sollte das Stadtparlament über einen Antrag befinden, durch den die Verwaltung beauftragt werden sollte, ein Ausstiegskonzept aus dem geplanten Bau eines zweiten Einkaufszentrums zu entwickeln. Nachdem dieser vorerst zurückgezogen wurde, fand sich das Thema Stadtpromenade nun an mehreren Stellen der Tagesordnung wieder.

Das Thema erregt seit über zwanzig Jahren die Gemüter der Cottbuser*innen. Die Eigentümerin der Fläche, die EKZ Stadtpromenade Cottbus GmbH, möchte gern ein weiteres Einkaufszentrum errichten, doch ist dieser Plan von Verzögerungen und Streitigkeiten geprägt. In der aktuellen Stunde wurde die Fläche erneut besprochen.

Eingangs umriss man kurz die Geschichte der getroffenen Entscheidungen, Baugenehmigungen, Planungen und Eigentümerwechsel. Dann gab ein Rechtsanwalt seine Einschätzung über die rechtliche Situation ab. Er stellte dabei heraus, dass es für einen erzwungenen Eigentümerwechsel hin zur Stadt, keinen Anhaltspunkt gäbe und die einzige Möglichkeit, das Grundstück zu erwerben, eine einvernehmliche Lösung mit dem Investor ist. Auch die in den Medien diskutierte Variante, dass der städtebauliche Vertrag

zwischen Stadt und EKZ GmbH gekündigt werden kann, wenn der Bau nicht bis zum 31.12.2021 vollzogen wurde, ist zwar richtig, würde aber nichts an der jetzigen Situation ändern. Die erteilte Baugenehmigung wäre weiterhin bis April 2024 gültig und die Eigentumsverhältnisse bleiben.

Dann sprach René Becker, Geschäftsführer der EKZ GmbH, Fazit: Verzögerungen beim Baubeginn liegen in erster Linie an den gestiegenen Baukosten der vergangenen Jahre. Darüber hinaus sorgte sein Bericht auch für Irritationen. So warb er bei den Stadtverordneten um Vertrauen und bat darum, keine „schlechte Presse“ über das Projekt zu erzeugen.

Matthias Loehr, stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN, stellte dazu klar, dass sich das schlechte Image rund um das Projekt Stadtpromenade aus der desolaten Situation vor Ort sowie der daraus resultierenden Unzufriedenheit der Bürger*innen ergibt. In seinem Redebeitrag sicherte Herr Becker zu, dass im September eine endgültige Aussage darüber getroffen werden könne, ob die Errichtung des Einkaufszentrums wirtschaftlich ist und wann der Bau beginnt. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es bereits mehrere solcher Ankündigungen gegeben hat – allesamt verstrichen folgenlos.

Der ursprünglich mit „Ausstiegs-konzept“ betitelte Antrag wurde schließlich in einer langen Aussprache diskutiert. Danach änderte die antragsstellende CDU-Fraktion schließlich den Wortlaut. Der Antrag fordert von der Stadtverwal-

tung nun ein „Handlungskonzept“ bis September. Ziel des mit großer Mehrheit beschlossenen Antrages soll es sein, dass sich die Stadt Cottbus auf Szenarien vorbereitet, in denen der Investor im September keine positive Prognose zum Vorhaben abgeben kann.

Eberhard Richter, Vorsitzender der Linksfraktion, machte in seinem Statement deutlich, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist. Man muss sich auf Alternativen vorbereiten, auch im Wissen um die verfahrenrechtliche Situation.

Klar ist aber auch: DIE LINKE ist weiterhin die einzige politische Kraft, die seit Beginn der Diskussionen um die zukünftige Gestaltung der Stadtpromenade ein weiteres Einkaufszentrum abgelehnt hat. Ob diese Position eines Tages mehrheitsfähig und rechtlich durchsetzbar sein wird, werden die Entwicklungen in den kommenden Monaten zeigen.

Die (fast) unendliche Geschichte geht also noch weiter.

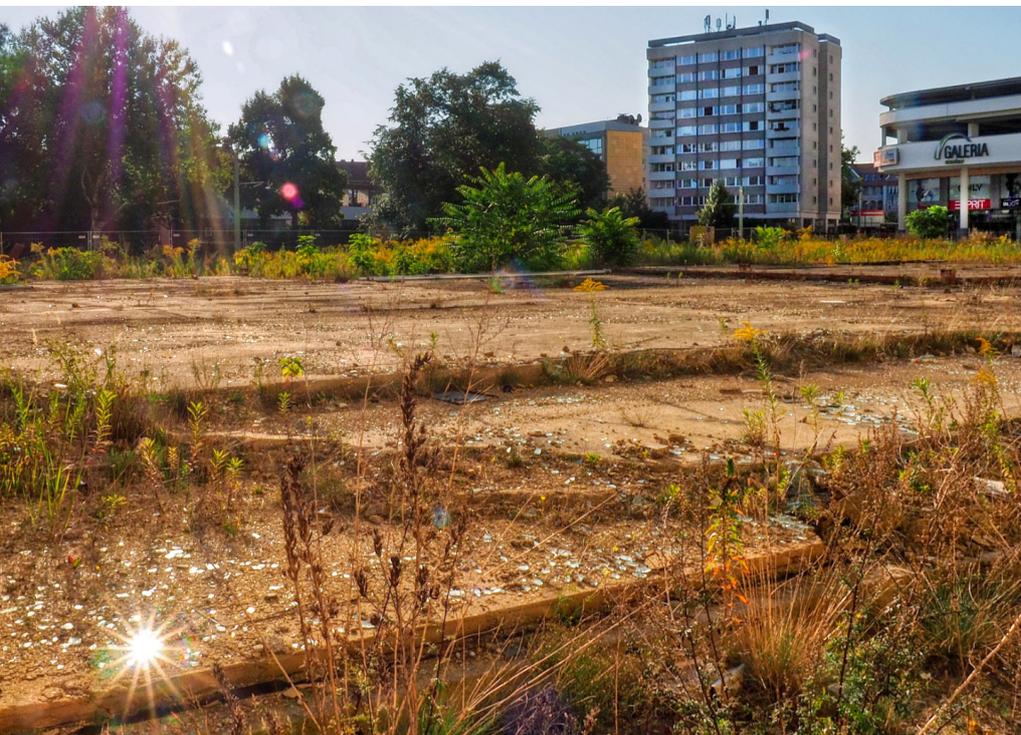
Kein Thema: Öffentliche Grillplätze
Seit Jahren wird der Schillerpark als de facto Grillplatz durch junge Mitmenschen genutzt. Die vor Ort verfügbaren Müllbehälter und die örtlichen Gegebenheiten sind dafür allerdings nicht ausgelegt. Die Folge: Ärger über Abfälle und Lärmbelästigung. Deshalb haben wir angefragt ob es Pläne gibt, kurzfristig gezielt öffentliche Grillplätze auszuweisen oder mittelfristig feste Grillplätze im Stadtgebiet zu errichten. Die Antwort: Nein, das ist kein Thema.

Wir bleiben dran, weil
VERSPROCHEN!!!

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Die - Do: 9 - 17 Uhr

Kassentag: Dienstag



LINKE will autofreie Innenstadt

Seit einigen Monaten liegt ein Entwurf zum „Mobilitätskonzept Innenstadt“ vor. Es wird durchaus kontrovers diskutiert. Betrachtet werden Busse und Bahnen, der Fußgängerverkehr, der Fahrradverkehr und natürlich auch der Autoverkehr. Das Gebiet wird in etwa durch den alten Stadtmauerring begrenzt. Ziel ist es, die Innenstadt attraktiver zu gestalten und die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Besonders hoch kochen bei einigen Be-

trachtern die Emotionen, wenn es um eine Reduzierung des privaten KFZ-Verkehrs geht. So soll z.B. die Sprem nicht mehr gequert werden. Aus der Marktstraße soll eine Fußgängerzone werden, der Altmarkt autofrei. „Werden“ – darauf liegt aber die Betonung. Es ist ein Konzept, das Zug um Zug in den nächsten Jahren (vielleicht Jahrzehnten) zur Wirkung kommt. Zum Beispiel ist auch an ein weiteres Parkhaus gedacht, um für Anwohner und Be-

sucher mehr Parkraum zu schaffen. Nun legt DIE LINKE noch eins drauf. Per Antrag an die Stadtverordnetenversammlung soll geprüft werden, ob es rechtlich möglich ist, den Autoverkehr noch weiter einzuschränken. Freie Fahrt nur noch für Anwohner, Liefer- und Versorgungsverkehr, Taxis und ÖPNV. Natürlich auch für Feuerwehr und Rettungswesen bzw. Personen, die über einen Sonderparkausweis für Schwerbehinderte verfügen. (In vielen Innenstädten in Italien ist so etwas z.B. Normalität.) Die Grenzen könnten durch die Parkhäuser und die Parkplätze Jahnstraße und Oberkirche gebildet werden. Vorteile liegen klar auf der Hand. Mehr Ruhe, Sicherheit und Bewegungsfreiheit für Fußgänger und Radfahrer. Mehr freie Parkplätze für Anwohner. Die Innenstadt wird noch attraktiver. Das zieht Besucher und auch Kunden an. Jeder kann daraus Vorteile haben. Auch Autofahrer. Sie müssen nicht mehr in Nebenstraßen nach den knappen Parkplätzen suchen.

Der Konzeptentwurf ist zu finden unter: www.cottbus.de/verwaltung/gb_iv/stadtentwicklung/verkehrsplanung/mobilitaetskonzept_altstadt.html

Eberhard Richter

„Wir spielen mit den Kräften des Kosmos, obwohl wir dafür weder weise noch ausdauernd genug sind. Die gefährlichste Illusion, die wir in Bezug auf die Kernkraft haben, ist die, dass wir sie kontrollieren können.“
(Jonathan Schell)

Erinnerung an die Zukunft. Von Hiroshima & Nagasaki bis heute

eine Ausstellung der Friedensbibliothek/Antikriegsmuseum der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

6. bis 19. August 2020 // Cottbus/Chósebus, Großenhainer Bahnhof
(montags bis samstags von 14 bis 18 Uhr, Eintritt frei. // Altes Prima Wetter, Güterzufuhrstr.)

6. August: Ausstellungseröffnung um 16 Uhr

16. August: Einweihung einer Gedenkstele, Ausstellungsrundgang und Talk mit Vertreter*innen der Friedensbibliothek/Antikriegsmuseum, ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) u.a.

ein gemeinsames Projekt von Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.
und der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus

brandenburg.rosalux.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG

DIE LINKE.
Fraktion SVV Cottbus



Marlen Block: Bericht aus dem Landtag

Es gibt viel zu tun...

Vom 17. bis 19. Juni kam der Landtag Brandenburg zu seiner letzten regulären Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause zusammen. Unter den besonderen Bedingungen der Hygienevorschriften und Abstandregelungen wurden mehr als 30 Stunden Argumente ausgetauscht: über die wichtigen Probleme des Landes, die zukünftigen Aufgaben, die grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Fragen und natürlich auch wieder über gefühlte Wahrheiten.

Mein Dank gilt den Mitarbeiter*innen des Landtages, die nach jedem/r Redner*in das Pult desinfizieren, den Livestream sichern, die Sitzungsleitung unterstützen und natürlich an unsere Referent*innen der Fraktion, die jede Plenarsitzung vorbereiten, Redeentwürfe und Hintergrundinformationen zuarbeiten.

13 Anträge der LINKEN standen auf der Tagesordnung

Wir hatten wie immer viel vor. Allein 13 Anträge der Linken standen auf der Tagesordnung, hinzu kamen einige mündliche und eine dringliche Anfrage an die Landesregierung.

Ganz besonders hervorheben möchte ich den **Antrag „Öffentlicher Boden gehört in öffentliche Hand“**, bei dem unsere MdL Isabelle Vandré in Ihrer Rede forderte, dass die Landesregierung eine Bodensicherungsstrategie erarbeitet. Hintergrund ist, dass landeseigene Grundstücke nicht mehr privatisiert werden sollen, sondern allenfalls verpachtet oder an Kommunen abgegeben werden dürfen. Das Land soll mehr Flächen für Gemeinwohlzwecke aufkaufen können, denn öffentliche Daseinsvorsorge, Räume für Kultur, Bildung, Wohnen und Erholung kann nur dann sinnvoll gesichert werden, wenn dafür ausreichend öffentlicher Grund und Boden zur Verfügung steht. Doch diese begrenzte Ressource ist durch Spekulation und Preistreiberei zunehmend knapper und teurer geworden. Nach einer hitzigen Debatte – die SPD warf uns vor, die Systemfrage zu stellen – ;-), wurde der Antrag abgelehnt. Ein Blick nach München, Ulm, Singapur und in die Niederlande zeigt, dass es sich bei unserer Forderung nicht um eine sozialistische Utopie, sondern um eine wichtige und umsetzbare Notwendigkeit handelt. Wir

bleiben natürlich dran... manche Erkenntnisse brauchen eben mehr Zeit.

Corona-Maßnahmen nicht ausreichend

Wir haben erneut die Landesregierung an ihre Versprechungen erinnert und auf die vielen Löcher im Corona-Schutzschirm hingewiesen. Gerade **Freischaffende, Soloselbständige und Kleinunternehmen** stehen nach wie vor im Regen. Was insbesondere den Solo-Selbständigen an „Hin und Her“ zugemutet wird, ist angesichts der Bedeutung dieser Menschen für Kultur, Wirtschaft und Bildung und dem großen Engagement dieser Berufsgruppen, auch in gesellschaftlichen und sozialen Bereichen, respektlos.

Ein weiterer Themenbereich ist und bleibt die **Schule und andere Bildungsträger**. Auch diese brauchen nun langfristig Hilfe und Unterstützung bei der Aufarbeitung der Corona-Folgen und einer zukunftsfähigen Ausstattung und Planung. Die Schulen wurden in einem Dickicht aus Verordnungen und Entscheidungen und ohne ausreichende digitale Infrastruktur zurückgelassen. Sie haben die Krise dennoch mit viel Eigenregie und kreativen Lösungen bewältigt. Nun müssen die Bundesmittel aus dem Soforthilfeprogramm für Schulen zur Anschaffung von mobilen Endgeräten, Kosten der Inbetriebnahme und Förderung von digitalen Schulangeboten aufgestockt werden. Gerade nach den Ferien wird es wichtig sein, Finanzmittel und Kapazitäten für die Ausweitung von Corona-Tests bereitzustellen, um mögliche Hot Spots rechtzeitig zu erkennen und eine zweite Welle der Erkrankungen, wie man sie bereits in anderen (Bundes-)ländern sehen kann, zu verhindern.

Apropos **Gesundheit und Pflege**. Auch dies war erneut einer unserer Schwerpunkte im Plenum: Wir fordern eine flächendeckende Teststrategie. Da bisher nicht einmal alle Kapazitäten genutzt werden, ist es an der Zeit für eine regelmäßige, flächendeckende und durchdachte Teststrategie. Der Bevölkerungsschutz darf weder einer Kosten- noch einer Logistikdebatte zum Opfer fallen.

Auch pflegende Angehörige müssen unterstützt werden. Wir wollen neben finanzieller Anerkennung einen Einsatz

der Landesregierung im Bund für eine Pflegezeit, analog zur Elternzeit. Es müssen auch angesichts des Pflegenotstandes Voraussetzungen geschaffen werden, damit Angehörige pflegen können, wenn sie dies möchten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit unserer Forderung nach einem verbindlichen Maßnahmenkatalog zum **Schutz der Spree**, die durch die bergbaubedingten Belastungen mit Eisen und Sulfid gefährdet ist. Dieser Antrag wurde in den Umweltausschuss überwiesen und wird dort weiterbearbeitet.

Wir setzen Themen, die wichtig sind und bleiben dran

Wir haben viele weitere Themen, wie die Finanzlage und den Ausbau des **BER**, zum **Umgang mit Volksinitiativen** und zu **Datentransparenz bei Funkzellenabfragen** gesetzt und debattiert. Leider werden unsere Anträge nicht selten per se abgelehnt, wohl einfach, weil sie von uns kommen.

Aber am Ende bleibt doch zumindest eines: Wir setzen die Themen, die wichtig sind, halten den Finger in die Wunde und bleiben hartnäckig dran. Häufig kommt dann doch Bewegung in die Sache und die Koalition entdeckt das Thema für sich. Und auch dann haben wir etwas gewonnen, vielleicht nicht die Abstimmung im Plenum, aber in der Sache geht es voran. Das ist doch das worauf es ankommt! Und jetzt wünsche ich allen eine gesunde, erholsame und sorgenarme Sommerzeit.

Ihre Marlen Block, MdL

Sommerpause

Das Wahlkreisbüro Marlen Block in Cottbus ist in der parlamentarischen Sommerpause. Die Vertretung übernimmt unser Teltower Büro. Wir sind zurück am 27. Juli.

Fragen per Mail gern an: buerou.marlen.block@mdl.brandenburg.de